

Calwer Tagblatt

Nr. 272.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang

Verkaufpreis: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 75 Pfg. — Resten 20. 2.50 Auf Samstagsanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Sonntags 9.

Montag, den 21. November 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tragelohn 21. 12.9. wöchentlich. Achtwöchiger Preis 12.90 mit Postgebühren. — Zahlung der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Reparationskommission ist noch zu keiner einheitlichen Entscheidung zur Frage der weiteren Erfüllung der Wiederherstellungen durch Deutschland gekommen. Die Kommission ist wieder von Berlin abgereist.

Es verlautet, daß die englische Regierung dem Wiesbadener Abkommen nach Erhalt von Sicherungen für den Fall einer Bankrotterklärung Deutschlands zustimmen werde.

Frankreich bekräftigt in seiner Antwort an England das Vorhandensein von Geheimverträgen mit den türkischen Nationalisten.

Der Reichstag von Saarbrücken hat in einer Kundgebung erklärt, daß die Regierungskommission des Saargebietes seit ihrer Einsetzung lediglich das Ziel der Abtrennung des Saargebietes vom Reich betreiben habe und ersucht den Völkerverbund, die Mitglieder der Kommission nach Ablauf ihrer Amtszeit durch neue zu ersetzen.

Lord Northcliffe hat sich in bedeutungsvoller Offenheit über die augenblickliche weltpolitische Stellung Japans gegen die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses ausgesprochen.

Nach dem amtlichen Bericht vom 21. zur Washingtoner Konferenz hat Japan den anderen Mächten entgegenkommende Erklärungen zur ozeanischen Frage abgegeben.

Gegen die Zerkünderung der Deutschen Werke.

Protest der Betriebsräte.
Berlin, 18. Nov. Die in Berlin versammelten Betriebsräte aller zu den Deutschen Werke A.G. gehörenden Betriebe erhoben in einer Entschiedenheit entschiedenen Protest gegen die Forderung, die die Interalliierte Militärkontrollkommission neuerdings an die Deutschen Werke gestellt hat. Es heißt darin: Die Auffassung oder Befürchtung, in den Betrieben der Deutschen Werke könne in kürzester Frist wieder Kriegsgüter hergestellt werden, ist völlig unbegründet. Die Betriebsräte werden etwaige Versuche, die Betriebe für Kriegs- und Rüstungszwecke wieder nutzbar zu machen, mit allen Mitteln zu verhindern wissen. Mit derselben Entschiedenheit werden sie sich gegen alle Bestrebungen, die nur auf Friedensarbeit eingestellten Betriebe lahmlegen zu lassen. Die Betriebsräte beauftragen die Gewerkschaften, auch ihrerseits weiter alles zu tun, um die der deutschen Volkswirtschaft drohende Gefahr abzuwenden und insbesondere die ausländischen Bruderorganisationen gegen die geplanten Zerkünderungsmaßnahmen zu protestieren aufzurufen. Die Betriebsräte erwarten, auch ihrerseits weiter alles zu tun, um die der deutschen Volkswirtschaft drohende Gefahr abzuwenden und insbesondere die ausländischen Bruderorganisationen gegen die geplanten Zerkünderungsmaßnahmen zu protestieren aufzurufen. Die Betriebsräte erwarten, auch ihrerseits weiter alles zu tun, um die der deutschen Volkswirtschaft drohende Gefahr abzuwenden und insbesondere die ausländischen Bruderorganisationen gegen die geplanten Zerkünderungsmaßnahmen zu protestieren aufzurufen.

Widerstand bei Krupp.
Berlin, 18. Nov. Dem „Vorwärts“ zufolge hat der Arbeiterrat der Krupp-A.G. Essen an den General Komitet ein Schreiben gerichtet, in dem die feste Entschlossenheit der Arbeiter zum Ausdruck gebracht wird, jede Anfertigung von Kriegsmaterial zu verweigern. In den letzten Tagen sollte ein erheblicher Teil ihrer zur Vorbereitung von reibendem Friedensmaterial im Betrieb befindlichen Maschinen auf Befehl der interalliierten Kommission zerstört werden. Die Arbeiter betrachten die Zerkünderung der Maschinen als eine unverantwortliche, vom wirtschaftlichen Egoismus diktierte Maßnahme, die geeignet sei, die deutsche Wirtschaft und damit die deutsche Arbeiterschaft auf das schwerste zu schädigen. Die Krupp'sche Arbeiterschaft werde bei der eventuellen Zerkünderung ihrer Produktionsmittel nicht mitwirken.

Komitet besteht auf der Vernichtung der Deutschen Werke?
Berlin, 18. Nov. Dem „Matin“ wird nach dem „Stuttg. Neuen Tagbl.“ aus Berlin gemeldet, daß die Kontrollkommission trotz aller Generalität, die Interessen der deutschen Arbeiter zu berücksichtigen, auf die Umstellung der Waffenfabriken nicht verzichten könne. Die deutsche Regierung werde eine Frist von fünf Monaten erhalten, um diese Umstellung zu bewerkstelligen. Die Kommission könne Deutschland nicht die Möglichkeit lassen, die deutsche Bevölkerung zu bewaffnen. Sie zweifle nicht an der Loyalität der jetzigen Regierung, wisse aber nicht, wie die nächste Regierung aussehen werde. Die deutschen Nationalisten bemühen sich, die Arbeiter der deutschen Werke gegen Frankreich aufzuheben, indem sie ihnen sagten, daß auf den Verlangen der Interalliierten Kommission hin 45 000 Arbeiter entlassen werden. Diese Zahl sei aber nach der Ansicht der Kommission falsch. Es brauchten nicht mehr als 3600 Arbeiter entlassen zu werden und diese könnten in der Übergangszeit von fünf Monaten leicht eine andere Verwendung finden.

Ein weiteres Verbot?

Berlin, 18. Nov. Wie die „Deutsche Tagesztg.“ erfahren haben will, hat die interalliierte Kontrollkommission gelegentlich eines Besuchs bei der Firma Benz u. Co. in Mannheim den Bau schnelllaufender Handels-Dieselmotoren verboten.

Die deutsche Einspruchs-Note gegen das Verbot des Baus von Dieselmotoren.

Berlin, 19. Nov. Der „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht den Text einer deutschen Protestnote, die, wie das Blatt erklärt, zur Stunde bereits der Votschafertkonferenz überreicht sein dürfte. Die deutsche Note wendet sich gegen eine Note der interalliierten Marine-Kontrollkommission vom 20. Juli, die den Bau von 3 schnelllaufenden Dieselmotoren bei der Firma Benz in Mannheim mit der Erklärung beanstandet, daß diese Motore Unterseebootmaschinen und Kriegsmaterial seien. Die Kommission habe die Fertigstellung der Maschinen untersagt und diese in einer Note vom 25. August als Verletzung des Ultimatus bezeichnet. Die deutsche Protestnote erklärt, daß die deutsche Regierung die Forderung der Kommission nicht als berechtigt anzuerkennen vermöge, da die Motore von der Firma neu für gewerbliche Zwecke hergestellt würden und daher keine Friedensmaschinen seien. Das Problem der Dieselmotore sei durch besondere Entschiedenheit der Votschafertkonferenz geregelt worden, die der friedlichen Verwendung dieser Maschinen keine Hindernisse in den Weg legen wollte. Daher könne auch die Neuherstellung schnelllaufender Dieselmotoren zu gewerblichen Zwecken keinerlei Beschränkung unterworfen sein. Wenn die Kommission das Recht für sich in Anspruch nehme, die Herstellung eines bestimmten Maschinentyps zu untersagen, dessen Verwendbarkeit für friedliche Zwecke unbestritten sei, so liege darin eine offensibare Ueberschreitung ihrer Befugnisse. Sie verlasse das ihr einzig und allein zugewiesene Feld der Abrüstungskontrolle und unternehme es, in die wirtschaftliche Betätigung und Entwicklung Deutschlands auf das empfindlichste einzugreifen. Sie wolle einen Fabrikationszweig der deutschen Industrie unterbinden, der seine natürliche Bedeutung auf dem Gebiete der Friedenswirtschaft habe und immer haben werde. Nach alledem sehe sich die deutsche Regierung nicht in der Lage, der Forderung der Kontrollkommission Folge zu geben. Sie bitte aus Gründen des Rechts und der Gerechtigkeit die Votschafertkonferenz die Kommission anzuweisen, von ihrem Verlangen Abstand zu nehmen.

Die Frage der Erfüllung der Reparationen.

Die Reparationskommission abgereist.
Berlin, 21. Nov. Wie der „Lokalanzeiger“ erfährt, haben die Mitglieder der Reparationskommission Berlin zum größten Teil verlassen. Dubois ist bereits in der Nacht zum Sonntag abgereist, während der größere Teil seiner Kollegen ihm im Laufe des gestrigen Tages gefolgt ist.

Nach keine Einigung der Reparationskommission.

Paris, 20. Nov. Jules Sauerwein berichtet dem „Matin“ aus Berlin, in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission sei eine Einigung über die Deutschland gegenüber einzunehmende Haltung nicht erzielt worden. Der Vertreter Frankreichs, Louis Dubois, habe die vier anderen Mitglieder der Reparationskommission gegen sich gehabt. Der belgische Delegierte, Defacroy, habe den Standpunkt vertreten, daß auf die gestrige Erklärung der deutschen Regierung für den Augenblick keine Antwort zu erteilen sei. Wenn man Deutschland eine erste Antwort übersenden würde dann laufe man Gefahr, denen einen guten Vorwand zu geben, die die Alliierten anklagten, die vorgesehene Anleihe zu einem Mißerfolg zu führen. Dubois habe gemeint, Deutschland verjage durch den Vorschlag einer außerordentlichen Anleihe sich seiner Verpflichtungen zu entziehen. Infolgedessen habe er vorgeschlagen, ihm eine ernste Verwarnung zukommen zu lassen. Es sei nicht dementsprechend entschieden worden.

Das Londoner Ultimatum unerfüllbar. — Aenderung der Ansichten Lloyd Georges?

Paris, 20. Nov. Jacques Bainville fragt in der „Liberte“, warum gutunterrichtete Personen besätigten, daß die englische Regierung das Ultimatum von London als unausführbar und die von Deutschland verlangten Zahlungen für übertrieben betrachte. Der Sturz der Mark und die andauernde Arbeitslosigkeit in England hätten Nationalökonomien und Finanziers, die Lloyd Georges beraten, in dieser Ueberzeugung bestärkt. Weil dem so sei, müße man eine demnächstige Kundgebung von Lloyd Georges erwarten, der seine Ansicht über die

Reparation geändert habe. Er habe sich davon überzeugt, daß das Heilmittel darin bestehe, alle interalliierten Schulden zu annullieren und die Leistungen Deutschlands auf die Reparationen in natura für die verwüsteten Gebiete zu beschränken.

Ausländischer oder inländischer Kredit?

Berlin, 19. Nov. Die nach Berlin gekommene Reparationskommission hat angeblich die Frage prüfen wollen, in welcher Weise die nächsten Zahlungen nach dem Ultimatum von London bewirkt werden könnten. In den Besprechungen mit Vertretern der deutschen Regierung hat sie die Forderung aufgestellt, daß diese Zahlungen nötigenfalls durch Inanspruchnahme ausländischer Kredite bewirkt werden müßten. Der Reichskanzler hat heute der Reparationskommission vor ihrer Abreise das folgende Schreiben übergeben: Die deutsche Regierung geht davon aus, daß es an und für sich nicht den Bestimmungen des Zahlungsplans von London entspricht, zur Aufbringung der Jahresanuitäten zu dem Mittel des Kredits zu greifen. Sie ist aber, um einen Beweis ihres guten Willens zu geben, bereit, eine solche Kreditoperation vorzunehmen. Für die Frage, unter welchen Bedingungen ein Kredit genommen werden würde, kommt es in erster Linie auf die Vorschläge desjenigen an, der das Geld herleihen soll. Die deutsche Regierung ist bereit und hat auch bereits Schritte getan, um sich einen Kredit zu verschaffen. Sie bittet die Reparationskommission, sie hierbei unterstützen zu wollen. Sie sieht sich jedoch verpflichtet, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß für die Zeit der Rückzahlung des Kredits eine außerordentlich schwierige Lage entstehen wird mit Rücksicht auf die sonstigen Verpflichtungen des Reichs, und sie erwartet von der Reparationskommission, daß sie dieser besonderen Lage Rechnung tragen wird.

Zu diesem Schreiben wird der „Südd. Zig.“ noch geäußert: In dem Schreiben des Reichskanzlers wird zum Ausdruck gebracht, daß auf Grund der Verhandlungen mit den Vertretern der Industrie und der Banken daran gegangen werden soll, Verhandlungen mit den Bankiers der Gegenseite aufzunehmen, ob sich ein Kredit für die am 15. Januar fällige Reparationsrate beschaffen läßt. In dem Schreiben ist von vornherein darauf aufmerksam gemacht worden, daß für die Zeit der Rückzahlung eines deutschen Kredits eine außerordentlich schwierige Lage mit Rücksicht auf die sonstigen Verpflichtungen des Reichs entstehen würde, und daß man erwarten müsse, daß die Reparationskommission dieser schwierigen Lage bei den späteren Raten Rechnung trage.

Zustimmung Englands zum Wiesbadener Abkommen?

Paris, 19. Nov. Der Londoner Berichterstatter des „Journal“ glaubt zu wissen, daß die englische Regierung in kurzer Frist dem Abkommen von Wiesbaden zustimmen werde. Die englische Regierung verlange für den Fall Sicherheiten, daß Deutschland vollkommen bankrott mache. Es solle verhindert werden, daß Frankreich eine größere Entschädigung erhalte als seine Alliierten.

Von der internationalen Arbeitskonferenz.

Kundreise von Konferenz-Vertretern durch Deutschland.
Genf, 18. Nov. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der rund 9 Millionen Arbeiter und Angestellte vertritt, hat durch sein Vorstandsmitglied, den ehemaligen Reichsminister Wissell, Vertreter der Arbeitnehmer auf der Internationalen Arbeitskonferenz, eine Reihe von Mitgliedern, darunter auch Regierungsvertreter und Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens, der Presse und des Parlaments, zu einer etwa zweiwöchigen Kundreise durch Deutschland eingeladen, um diesen Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse in Deutschland zu unterrichten und sich von dem Erfüllungswillen des deutschen Volkes und der völligen Umgestaltung der früheren deutschen Rüstungsindustrie zur Friedensarbeit zu überzeugen. Die Reise soll kommenden Montag unter Führung Wissells ihren Anfang nehmen. Sie wird zunächst nach München führen, um über Berlin, Spandau, Kiel, Hamburg, Essen, Erfurt und Frankfurt a. M. fortgesetzt zu werden. Die Teilnehmerliste steht noch nicht endgültig fest, doch ist damit zu rechnen, daß Angehörige aller Großstaaten der Welt teilnehmen.

Ein Erfolg des deutschen Vertreters Wissell.

Genf, 18. Nov. In der gestrigen Nachmittagsitzung der Internationalen Arbeitskonferenz hielt der frühere deutsche Reichsminister Wissell eine ausführliche Rede, die wesentlich dazu beitrug, daß der Abstimmungsentscheid über die Wochenruhe angenommen und der Abänderungsantrag des englischen Vertreters der Arbeitgeber abgelehnt wurde. Wissell wandte sich mit größtem Nachdruck gegen den Geist sozialer Rückständigkeit, der in geradezu erschütternder Weise in den Debatten über die Wochenruhe zum Ausdruck gekommen sei. Man glaube sich Jahrhunderte zurückversetzt, wenn man Worte höre, die in

...er Weise auf die reichen Fortschritte und Erfahrungen auf diesem Gebiet Rücksicht nehmen. Wissell warnte eindringlich vor den Folgen irgend einer Verschlechterung des Abkommens. Die Arbeiter hätten gehofft, daß sie nunmehr endlich ein Subjekt und nicht mehr als totes Werkzeug im Wirtschaftsleben behandelt würden. Wissell warnte vor der Enttäuschung, die in den Arbeitermassen der Welt um sich greifen müsse, die dann nur noch ihren Organisationen Vertrauen schenken und sich deren starken Ausbau widmen würden. Wissell, der mit einem starken Appell an das soziale Gewissen der Konferenz schloß, erntete reichen Beifall nicht nur bei allen Arbeitervertretern, sondern auch bei vielen Regierungsvertretern. Der von Wissell bekämpfte Zusatzantrag wurde schließlich abgelehnt.

Die Weltkonferenz von Washington.

Erklärungen Japans zu den Fragen des Stillen Ozeans und über seine Stellung zu China.

Washington, 21. Nov. Ueber die Arbeiten der Abrüstungskonferenz wurde gestern folgender amtlicher Bericht veröffentlicht: Der Ausschuß für den Stillen Ozean und den Fernen Osten hat gestern seine zweite Sitzung abgehalten. Admiral Kato gab dabei folgende Erklärung ab: 1. Es erscheint, der japanischen Delegation, daß die in China bestehenden Schwierigkeiten nicht geringer hinsichtlich seiner inneren und seiner äußeren Lage sein werden. Wir wünschen Frieden und Einigkeit sobald als möglich wieder hergestellt zu sehen und wollen jedes fremde Vorgehen vermeiden, das als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas ausgelegt werden kann. Alles, was diese Konferenz tun kann, wäre, scheint uns, die auswärtigen Beziehungen Chinas zu regeln und den Chinesen die Aufgabe zu überlassen, ihrer inneren Lage Herr zu werden. 2. Die japanische Delegation will die chinesische Delegation und die ganze Konferenz versichern, daß der Wunsch Japans dahin geht, die besten Beziehungen mit China zu unterhalten. Wir stimmen dem Grundsatz der offenen Tür und dem gleichen Ersleichterungen für Alle zum Handelstreiben in China zu. Was die Frage der Exterritorialität, die vielleicht der wichtigste Punkt in den Vorschlägen der chinesischen Delegation ist, anbelangt, so beabsichtigen wir, unsere Bemühungen mit denen der anderen Mächte zu vereinigen, um zu versuchen, zu einem gerechten und zufriedenstellenden Abkommen für alle Teile zu gelangen.

Paris, 20. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus Washington hat sich die Völker-Kommission gestern mit der Frage des Stillen Ozeans und des äußersten Ostens beschäftigt und sich zugunsten des Grundgesetzes der territorialen Integrität, sowie des Grundgesetzes der offenen Tür und der Gleichheit der Behandlung aller Nationen in China ausgesprochen.

Die Zahl der Großkampfschiffe für England und Amerika. Paris, 20. Nov. Agence Havas. In Washington ist von einer aus 5 Admiralen bestehenden Kommission unter Vorbehalt der Zustimmung der Konferenz die England und den Vereinigten Staaten zu belassende Großkampfschiff-Tonnage wie folgt angeordnet worden: 18 Panzerkreuzer und 4 Schlachtkreuzer für Großbritannien, 18 Panzerkreuzer für die Vereinigten Staaten.

Die U-Boot-Frage. Paris, 20. Nov. Philippe Millet meldet dem „Petit Parisien“ aus Washington, Amerika werde England in der Frage der U-Boote und Japan in der Frage der Verhältnisziffer für die Stärke seiner Marine Widerstand entgegensetzen. Uebrigens werde Amerika in dieser Frage nicht nur von Frankreich, sondern auch von Australien unterstützt.

Zur Rückreise Briands. London, 20. Nov. Northcliffes Blatt „Beekly Dispatch“ meldet aus Washington: Eines der größten Ereignisse der Konferenz steht jetzt bevor, nämlich die Rückreise Briands nach Frankreich. Der französische Premierminister sei ganz zweifellos sehr enttäuscht. Er sei nach Washington gekommen in der Hoffnung, daß die Konferenz etwas für Frankreich tun werde. Er habe jedoch ein Amerika vorgefunden, das Europa den Rücken lehre und sein Gesicht nach dem Stillen Ozean gewandt habe. Briand werde daher morgen vor der Vollziehung der Konferenz erklären, daß Frankreich nicht in der Lage sei, sein Heer weiter zu vermindern, wenn Amerika und England nicht veranlaßt werden könnten Frankreich, das als der Gendarm Europas angesehen werden müsse, gegen weitere Angriffe sicherzustellen und den Kontinent vor weiteren Kriegen zu schützen. Briand sei der Ansicht, daß Frankreich im gegenwärtigen Augenblick von dem Abrüstungsvorschlag des Staatssekretärs Hughes nicht besonders berührt werde, denn Frankreich hätte seit 1912 keine Flottenbauten vorgenommen. Die einzige Wirkung anstelle des amerikanischen Verminderungsplans werde für Frankreich die Veranlassung sein mit dem Bau von neuen Schiffen zu beginnen, um seine Flotte auf den von der Konferenz als angemessen erklärten Maßstab zu bringen.

Frankreich „die“ militärische Nation. Paris, 19. Nov. Vertinax labelt dem „Echo de Paris“ aus Washington über Unterredungen, die er mit der Wall Street in New York über die Lage Frankreichs gehabt habe. Man habe ihm gesagt, Frankreich sei in großer Gefahr, die Sympathie Amerikas zu verlieren. Es erscheine im Augenblick als die militärische und imperialistische Nation par excellence. Trotz seiner Versuche, mit Zahlen das Gegenteil zu beweisen, und trotz der Behauptung, daß die Entwaffnung Deutschlands nicht wirkungsvoll sei, erkläre man ihm, was man auch annehme, man könne eine große industrielle Nation nicht jeder kriegerischen Organisation berauben. Sir Baruch habe ihm zugestimmt. Seine Ansicht habe er dahin zusammengefaßt, Frankreich könne von Amerika weder ein Abkommen, noch eine mehr oder weniger unbestimmte formale Allianz verlangen. Wenn es Sicherheiten haben wolle, müsse es die Rheingrenze nehmen. Nach Baruchs Ansicht würde das viel weniger ernste Proteste in Amerika hervorrufen als man annehme.

Amliche Bekanntmachungen.

An die Ortsbehörden.

Abgabe von Kostendruckwaren betreffend.

Von der Württembergischen Landesbelleidungsstelle sind dem Bezirk die untengenannten Schuhwaren zur Abgabe an Minderbemittelte zugewiesen worden und zwar:

| | |
|---------------------------------------|-----------|
| 100 Paar Herrenstiefel, Verkaufspreis | Mk. 100.— |
| 100 " Damenstiefel, " " " | 90.— |
| 50 " Knabenstiefel, " " " | 85.— |
| 20 " Mädchenstiefel, " " " | 65.— |
| 20 " Kinderstiefel, " " " | 45.— |
| 10 " Kinderstiefel, " " " | 30.— |
| 380 " Berufsschuhe, " " " | 80.— |
| 260 " Militärschnürschuhe, " " " | 110.— |
| 70 " Militärschäffstiefel, " " " | 160.— |

Die Abgabe darf nur durch den Kleinhändler und nur an Minderbemittelte gegen Berechtigungschein erfolgen und müssen bei Ausstellung derselben die Bestimmungen der Württ. Landesbelleidungsstelle vom 10. August 1920 genau beachtet werden. Nähere Weisungen werden noch durch die Oberamtspflege ergehen.

Calw, den 18. November 1921. Oberamtmann G. S.

Um die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses.

Die englische Arbeiterpartei gegen die Erneuerung. London, 20. Nov. Die englische Arbeiterpartei hat eine Rundgebung veröffentlicht, in der es heißt, sie sei der Ansicht, daß das engl.-japanische Bündnis nicht erneuert werden würde. Die Arbeiterpartei begrüße die Abrüstungsvorschläge der Vereinigten Staaten und fordere die Anwendung der Vorschläge auf alle Arten von Rüstungen. Wenn die irische Konferenz fehlgeschlagen sollte, so werde die Arbeiterpartei weiterhin für das irische Volk diejenige Verfassung fordern, die die Irländer selbst wünschten.

Bedeutungsvolle Worte Northcliffes über Japan.

Peking, 20. Nov. In einer Ansprache im Englisch-Amerikanischen Verein erklärte Lord Northcliffe, Amerika, Kanada und Tausende von Australiern seien mit einer Fortsetzung des englisch-japanischen Bündnisses durchaus nicht einverstanden. Die Japaner seien augenblicklich in einer ähnlichen Lage wie Deutschland vor dem Kriege. Dem Japan nach eine Demokratie, werde Japan von vier Männern absolut regiert. Daß die japanische Militärpartei den Vereinigten Staaten feindlich gesinnt sei, könne man aus zahlreichen Veröffentlichungen von ihr schließen. Als Echo des Geistes der Militärpartei Japans erklärten diese Veröffentlichungen höhnisch, die Vereinigten Staaten brauchten keinen Stützpunkt im fernem Osten, auch wenn sie im fernem Osten bedroht werden sollten. Lord Northcliffe betonte zum Schluß seiner Ausführungen, Großbritannien und Amerika müßten im fernem Osten zusammengehen.

Ausland.

Frankreich befreit das Bestehen eines französisch-türkischen Geheimvertrags.

Paris, 18. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus London ist die französische Antwort auf das Memorandum Curzons zu dem Abschluß des französisch-türkischen Abkommens in Angora in Form eines Briefes des französischen Geschäftsträgers in London an Lord Curzon abgefaßt und von dem Geschäftsträger heute Nachmittag Lord Curzon übergeben worden. Das Dokument umfaßt 15 Seiten. — Havas hebt aus dem Inhalt die ausführliche Behandlung der Frage des Minoritätenschutzes hervor. Die französische Regierung habe die Räumung des türkischen Gebietes von Garantien zu Gunsten der Minoritäten abhängig gemacht. In dem Schriftstück wird hervorgehoben, daß die Alliierten derartige Garantien bis jetzt noch nicht erzielt hätten. Das sei erst der französischen Regierung gelungen.

Paris, 19. Nov. Wie „Petit Parisien“ aus London berichtet, stellt die französische Antwort einstimmig in Abrede, daß irgend eine Beziehung bestehe zwischen dem türkischen Verlangen nach dem Bestand Frankreichs und dem Angebot industrieller Konzessionen, wie Jusuf Kemal in seinem Brief erwähne. Niemals hätten geheime mündliche oder schriftliche Abmachungen zwischen Frankreich und Angora bestanden. Im übrigen rechtfertigt der Brief Jusuf Kemals selbst die Beunruhigung der britischen Regierung. In der Antwortnote wird daran erinnert, daß die französische Regierung im Monat August die englische Regierung von ihrer Absicht, die Verhandlungen mit Angora wieder aufzunehmen, amtlich unterrichtet habe.

Deutschland.

Vom bayerischen Landtag.

Bayern gegen eine Verstaatlichung der Eisenbahnen.

München, 18. Nov. Im bayerischen Landtag erklärte heute Handelsminister Hamm, daß die bayerische Staatsregierung dem Kreditangebot der Industrie die größte Aufmerksamkeit entgegenbringe, weil es sich dabei um das Schicksal des Landes und der früheren bayerischen Bahnen handle. Es wäre besonders für Bayern gefährlich, die Entscheidung über die gesamten Fragen des Eisenbahnwesens privaten Händen zu überlassen. Die bayerische Regierung habe daher den Vorschlag der Industrie für unannehmbar erklärt und diesen Standpunkt dem Reich gegenüber vertreten. Sie erwarte aber, daß die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Gestaltung der Bahnen mit größter Beschleunigung in die Wege geleitet werden und daß an den Verhandlungen hierüber auch die Länder teilnehmen.

Ministerpräsident Graf Verchenfeld zur Kundgebung des Prinzen Rupprecht.

Graf Verchenfeld wies im Landtag die gegen die bayerische Regierung erhobenen Vorwürfe zurück, daß sie zu der Proklamation des Prinzen Rupprecht keine Stellung genommen habe. Nach gewissenhafter Prüfung der Kundgebung habe die Regierung eine staatsrechtliche Stellungnahme nicht

für nötig erachtet. Die Kundgebung lege ein so entschiedenes Zeugnis ab von der Treue zum deutschen und bayerischen Vaterland, daß ihrem Urheber Unrecht geschehe, wenn man ihm das zutraue, was die Linksparteien für möglich hielten.

Der neue Reichsjustizminister über die kommende Reichsjustizreform.

Berlin, 19. Nov. Der neue Reichsjustizminister Professor Dr. Radbruch äußerte sich einem Fraktionsgenossen gegenüber über die Grundzüge der kommenden Justizreform. Er machte Ausführungen über die kommende Strafprozess- und Strafrechtsreform, über die Novellengesetzgebung, über das sogenannte Gesetz zum Schutze der Republik, über eine Reform des Ehescheidungsrechts usw. Zum Schluß kündigte er eine große Verhandlungsaktion an, die sich auf die von den Sondergerichten gefällten Urteile erstreckt. Sämtliche auf Zuchthaus lautende Urteile der Sondergerichte sollen nachgeprüft werden, auch wenn keine besonderen Gnadengesuche vorliegen, ferner alle anderen Urteile, soweit Gnadengesuche eingereicht worden sind. Grundsätzlich sollen alle Personen begnadigt werden, die als Mittäter des Aufstands anzusehen sind. Die Prüfung soll periodisch wiederholt werden, erstmalig am 1. April 1922.

Kathenau abermals Wiederaufbauminister?

Berlin, 18. Nov. In Parlamentskreisen verlautet nach dem „Stuttgarter N. Z.“, daß man mit einem baldigen Wiedereintritt Dr. Walter Rathenaus in das Wiederaufbauministerium rechnen kann. Es wird behauptet, daß Dr. Rathenau eine Wiederberufung nicht ablehnen würde.

Beginn des Stahlfürter Kommunistenprozesses.

Stahlfurt, 17. Nov. Vor dem Reichsgericht begann heute der Stahlfürter Kommunistenprozeß. Bei dem Putschversuch in Stahlfurt sollte, wie bei den bereits verhandelten Putschen in Coblenz, Schönebeck und Belbert gewalttätig der Sturz der Reichsverwaltung herbeigeführt werden. Angeklagt sind 49 Personen aus Stahlfurt und Umgebung, von denen 17 sich in Untersuchungshaft befinden. Der Prozeß wird voraussichtlich 2 bis 3 Wochen in Anspruch nehmen.

Wiederaufnahme der Arbeit in den Benz-Werken.

Mannheim, 18. Nov. Die Wiederaufnahme der Arbeit bei der Firma Benz u. Co. erfolgt am Samstag, den 19. ds. Ms., nachdem der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses von beiden Seiten angenommen worden ist. Damit ist der drohende allgemeine Ausfall der Metallarbeiter in Mannheim vermieden worden.

Sungesirke in der Strafanstalt Nichtenburg.

Berlin, 17. Nov. In der Strafanstalt Nichtenburg im Kreise Torgau haben etwa 100 kommunistische Gesangene einen Hungerstreik begonnen. Sie erklären, keine Nahrung zu sich zu nehmen, bis die Regierung eine Amnestie für ihre politischen Vergehen erlassen habe. Unabhängige und kommunistische Landtagsabgeordnete forderten gestern von dem preussischen Justizminister die vorläufige Entlassung der Häftlingshelfer. Der Minister verspricht, der „Freiheit“ zufolge, sich noch am Abend mit dem Direktor der Anstalt telephonisch in Verbindung zu setzen. Der kommunistische Abgeordnete Kay, der vom preussischen Justizminister die Erlaubnis erhalten hatte, nach Nichtenburg zu fahren und mit den Gefangenen zu verhandeln, ist dort eingetroffen.

Aus Stadt und Land.

Selbstmord.

Gestern nachmittag hat sich der 70 Jahre alte Gipsmeister Gottlob Harr in einem Waldchen in der Nähe des „Schaffhofs“ erhängt. Schüler, die in dem Waldchen spielten, sahen den Leichnam. Die Beweggründe zu der Tat sind noch unbekannt, doch ist wohl, wie wir hörten, Schwermut anzunehmen.

Mutmaliges Wetter am Dienstag und Mittwoch.

Der Luftwiderstand im Westen vermindert sich, aber der Hochdruck im Nordosten bleibt vorläufig stehen. Am Dienstag und Mittwoch ist zeitweilig trübes, aber vorherrschend trockenes und mäßig kaltes Wetter zu erwarten.

Vom württ. Städtetag.

(StB.) Stuttgart, 18. Nov. Der Vorstand des Württ. Städtetags hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der Frage der Schätzung und Beleihung von Gebäuden Grundstücken befaßt. Die Veränderung der Gelowertverhältnisse läßt eine Veränderung der bisherigen Praxis notwendig erscheinen. Unter Berücksichtigung der Interessen der Sparkassen und anderer Geldinstitute, die für ihre in Grundstüthypotheken angelegten Gelder nach wie vor eine möglichst große Sicherheit haben müssen, wurde beschlossen, den Städtgemeinden zu empfehlen, zu dem Friedensschätzungswert der Gebäude folgende Zuschläge zu machen: bei Vorkriegsbauten 150 Prozent, bei Kriegs- und Nachkriegsbauten 400 Prozent, je unter Berücksichtigung einer entsprechenden Rente und vorbehaltlich einer genauen Prüfung des baulichen Zustandes der Gebäude. An das Ministerium des Innern soll ferner das Ersuchen gerichtet werden, solchen Gemeinden, denen durch die Tätigkeit der Schätzungsbehörden besondere Unkosten (z. B. für Benützung von Autos) entstehen, zu gestatten, daß sie neben den Gebühren diese Unkosten auf die Antragsteller umlegen. — Der Württ. Mittelhandlungsnotar, über deren Durchführung und Unterstützung gleichfalls beraten wurde, sagte der Vorstand des Städtetags größtmögliche Förderung zu. Er bedauerte lebhaft, daß zu einer so außerordentlich notwendigen Hilfsaktion nicht auch Reich und Staat erhebliche Zuschüsse leisten. — Den Antrag des Landesfinanzamts, Abt. Besch. und Verkehrssteuern, die Personenstandsamtsverwaltung und die Steuerbücherei rasch anzufertigen bezw. auszuführen, erklärten die Städtevertreter nur unter der Voraussetzung ausführen zu können, daß alsbald auch die Frage des Koffenvertrages geregelt wird. — In der Frage der neuen Gehalts-erhöhung für die Gemeindebeamten stellte er sich auf den

Standpunkt, ... besondere Zuwand zu decken sei. — Die gemeindefähigen Papier- und zur Besoldung eine Eingabe dieser Gehälter die Neuerung ein Rahmen den Druck der Kommunalearten bei ei wird hiegege hoben werden

Der Polizeilichen Veratu staatlche Pol der eine gefie der andere v Anträge begie gg seinen An mitenthalten des Antrags gierungsentw Kriminalpoliz der Sicherheit wird. In A durch Verordn dung der erfo Gemeinden 1. polizei auch in den staatlchen in denen die verstaatlicht u tzung des Ste übernommene meinden jurie benachbarter werden kann. geiangenhe Dieer Beirat gen der staat Gemeindeg diejen Beirat Sozialdemokra dende größere widerprüch m liche Zuständig tag gestellt. Änderungen ist beim Land gaben im einj bestimmt werz redaktionellen Chef gegen ebenso die Kr meinden hand

Die Abg. an die Staats Blättermeldung auf das 15fah das Staatsmi Reileitung de

Ni

Zufolge Ger mid häufig li hatten eine Ver Ausstellung von Die Radfahrer tigung des Min in Verbindung n bereit eine an polizeibehörde de Radfahrkarte be Anträge an beim Städteschult Calw, den

Die Abgabe erfolgt ab diefer tags, nachmitta liche Anweisung Calw, den

Evangel. für das Jahr 1 getel werden dur und ist derjelbe i zu nehmen.

Geschäfts-Verlegung und -Empfehlung.

Meiner werten Kundschaft von hier und Umgebung zur gefl. Kenntnissnahme, daß sich mein Geschäft mit dem heutigen Tage im Hauber'schen Hause

Lederstraße Nr. 113

befindet. Für das mir bisher in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen danke ich bestens und bitte gleichzeitig, mein junges Unternehmen auch fernerhin unterstützen zu wollen.

Calw, den 21. November 1921.

Hochachtungsvoll

Robert Ott, Tabakwarengroßhandlung,

Fernsprecher Nr. 133 **Calw** Salzgasse Nr. 65.

Büro und Verkaufslokal Lederstraße 113.

Badischer Hof - Calw
am Montag, den 21. November
abends 8 Uhr:

Liederabend

von
Opernsängerin **Olga Blomé**
vom Würt. Landestheater Stuttgart
am Flügel: **Dr. Riedel-Stuttgart.**

Lieder von Brahms, Wolf, Grieg, Marx.

Karten im Vorverkauf in der Buchhandlg. Häußler
zu Mark 6.80, 5.80, und 4.80 inkl. Steuer.

Der Saal wird geheizt.

Gechingen.

Unterzeichneter verkauft am Dienstag Nachmittag
1 Uhr

1 Wagen 2mal zum Aufrichten
1 Egge, 1 Pflug,
sowie sonstige Gegenstände.

Liebhaber sind eingeladen.

H. Haerthorn.

**Feldhasen-, Kaninchen-,
sowie alle anderen**

Selle

kauft fortwährend zu den höchsten Tagespreisen
Fr. Volz, Oberreichenbach.

Spar- und Vorschussbank Calw, eingetragene Genossenschaft m. b. H.
erleuchtet für jedermann gewissenhaft und zu günstigen Bedingungen sämtliche bankgeschäftlichen Angelegenheiten, so die
Verzinsung von Bareinlagen. — Annahme von Spargeldern zu 4 1/2 %. — An- und Verkauf von
Wertpapieren. — Gewährung von Crediten an Mitglieder. — Verwaltung von Wertpapieren.

Für die noch brach daliegenden u. im Herbst
eingehenden Gelder empfehlen wir:

als günstige Kapitalanlage:
4 1/2 % u. 5 % ige erstklassige
hypothekarisch sichergestellte
Industrie - Obligationen.
Spar- u. Vorschussbank Calw.

Mittwoch, den 23. November, vor-
mittags von 8 Uhr ab steht
im Gasthof zum „Löwen“ in Calw
ein sehr großer Transport

**erstklassiger, starker, junger
Milk-Kühe
(Schaffkühe),
trächt. Kühe,**
große Auswahl

**hochträchtige Rabinnen,
schöne, starke
Zugtiere und Lerntiere,
sowie schönes Jungvieh**

zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf
und Tausch freundlichst einladen

**Rubin, Salomon
und Mag Löwengart.**

Fahrpläne

für den Bezirk Calw
erhältlich das Stück zu 80 Pfg.
in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Verloren

ging auf dem Wege von
Sommerhardt nach Station
Reinach eine

Rehkronenpfeife.

Der ehrliche Finder wird
gebeten, dieselbe gegen Be-
lohnung abzugeben in der
Geschäftsstelle dieses Blattes.

Tüchtiges, zuverlässiges

Mädchen

für Küche und Haushalt
soort gesucht.
E. Lederer & Cie.
Westl. Karl-Friedr.-Straße
Pforzheim.

10-15 Zentner

Heu

zu kaufen gesucht.
Eventl. werden auch
einige Zentner Weizen
in Tausch gegeben.

Von wem sagt die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Am Mittwoch, den 23.
November von mittags 1
Uhr ab verkauft reine



Milchschweine

Sak. Weiß, L. C.
Althengstett.

Stammheim.

Eine Partie starke



Milch-Schweine

verkauft am Mittwoch, den
23. Nov. mittags 1 Uhr.
Chr. Söll.

Ein stärkeres

Läufer- Schwein



verkauft
H. Röhm.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekanntes zu unserer am Donnerstag, den 24.
November 1921 stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Malsen-
bach freundlichst einzuladen.

Michael Hestler, Forstwart,
Bad Liebenzell.

Frida Lörcher,
Tochter des Johann Michael Lörcher, Landwirt
in Malsenbach.

Kirchgang um 12 Uhr in Bad Liebenzell.

Würzbach.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Be-
kanntes zu unserer am Dienstag, den 22. November
1921 stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Würzbach
freundlichst einzuladen.

Christian Reuttschler,

Sohn des Michael Reuttschler, Bauer in Würzbach.

Maria Reppler,

Tochter des Christian Reppler, Bauer in Würzbach.

Kirchgang um 1 1/2 Uhr.

Klavier- und Harmoniumstimmer

kommt nach Calw und Umgebung. Aufträge für ver-
selben, wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder
bei uns selbst niederlegen.

Musikhaus Sattler, Pforzheim,

Abt.: Pianos u. Stimminstitut, Tel. 1210 u. 7821.

Sprengstoffe

für Steinbruch-, Bauarbeit-
und Stockholz-Sprengungen

in bester Qualität zu billigsten Preisen, von Behörden und
Unternehmern glänzend begutachtet, liefert

Südd. Verf.-Abt. der Akt. Ges. „Eignose“

Am a. D., Kohlgaße 25, Fernsprecher 1800
Vertreter werden nachgewiesen, wo nicht vorhanden, gemäß